

Soziale Sicherheit statt Verunsicherung – Sozialpolitik für Familien und Kinder gestalten

Auswertung und politische Einordnung der Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Eltern im Sommer 2026

Berlin, September 2026

Vorbemerkungen

Vom 13. bis 30. Juli 2026 hat das Umfrageinstitut forsa zum vierten Mal im Auftrag von Save the Children Deutschland eine telefonische Umfrage unter 1001 Eltern minderjähriger Kinder in Deutschland zu den Themen Kinderarmut und finanzielle Sorgen und Einschränkungen von Eltern und Familien durchgeführt. In diesem Dokument folgt eine Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse und damit verbundene politische Forderungen. Die Umfrage zeigt:

- Die finanziellen Zukunftssorgen von insbesondere Eltern mit geringem Einkommen bleiben auf einem hohen Niveau und steigen im Vorjahresvergleich leicht an.
- Der Anteil der Eltern, die sich nur das Notwendigste leisten kann und auf sonstige Dinge, die ein Familienleben ausmachen, verzichten müssen, steigt ebenso leicht an.
- Alltägliche Ausgaben für bspw. Ernährung, Kleidung oder Freizeitaktivitäten stellen viele Eltern vor finanzielle Herausforderungen.
- Von finanziellen Herausforderungen und Sorgen sind insbesondere Eltern mit geringem Einkommen und Alleinerziehende betroffen.
- Einer Mehrheit von über 80 Prozent der Eltern reichen die Maßnahmen der Bundesregierung gegen Kinderarmut nicht aus; diese Eltern fordern daher weitergehende Maßnahmen. Eltern stufen dabei eine Vielzahl von Maßnahmen - von Investitionen in Bildung bis hin zu mehr finanzieller staatlicher Unterstützung für Familien - als wirkungsvoll gegen Kinderarmut ein.

Politische Entscheidungsträger*innen sollten diese Befunde der finanziellen Verunsicherung und Überlastung wahr und ernst nehmen, von Kürzungen im Sozialbereich absehen, die die Situation zu verschärfen drohen, und ein gesamtheitliches Maßnahmenpaket sowie eine Strategie gegen Kinderarmut entwickeln und umsetzen.

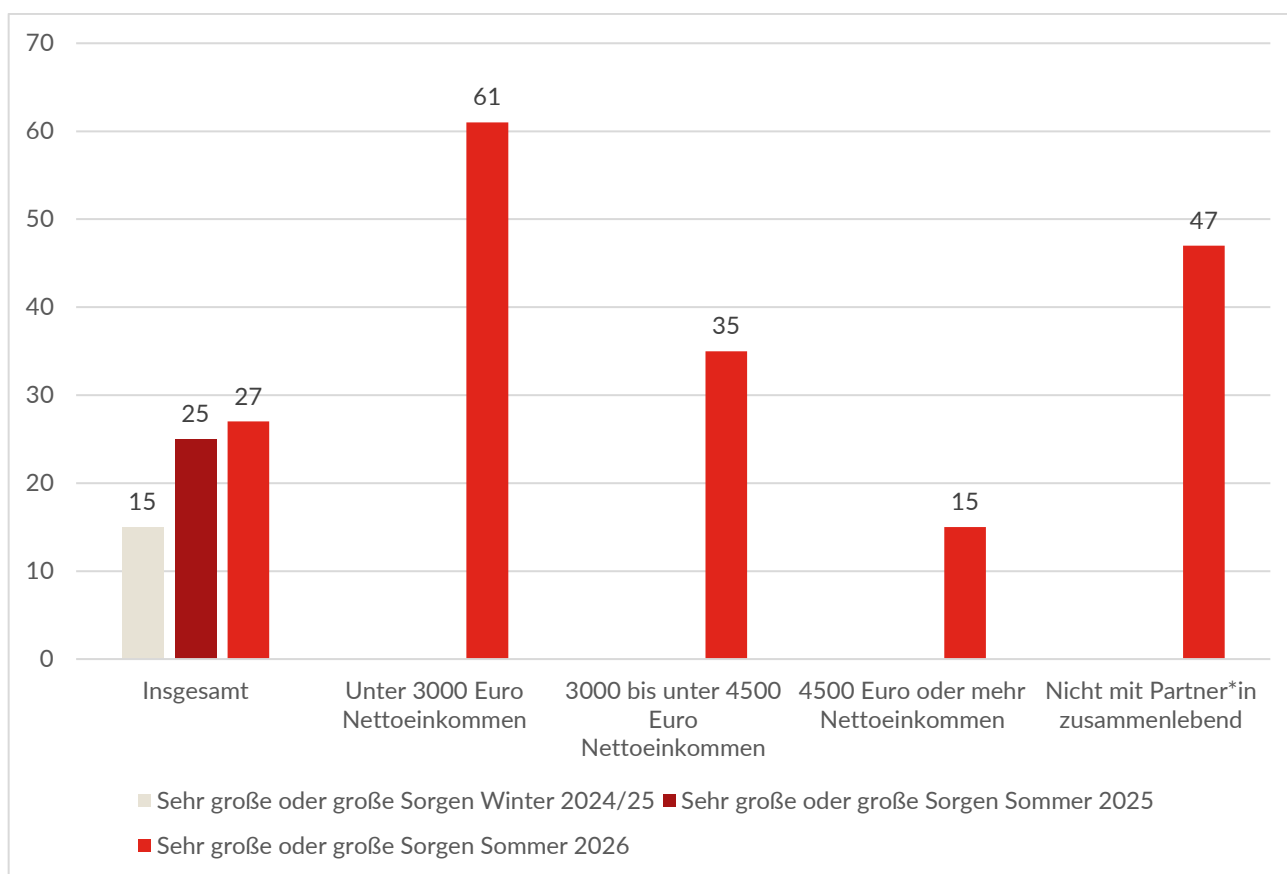
Wesentliche Befragungsergebnisse werden im Folgenden dargestellt¹ und eingeordnet, ausführliche politische Forderungen folgen am Ende.

¹ Die kompletten Ergebnisse können am Ende des Dokuments nachvollzogen werden. Zu beachten ist, dass nicht alle Antwortkategorien in der folgenden Analyse ausgewiesen werden. Zu 100% fehlende Angaben sind

Einordnung wesentlicher Ergebnisse durch Save the Children

Finanzielle Zukunftssorgen bleiben Alltag für viele Familien

Wenn Sie auf die kommenden 12 Monate [Umfrage Winter 24/25: das Jahr 2025] blicken: Machen Sie sich da sehr große, große, weniger große oder keine Sorgen, dass Sie aus finanziellen Gründen die Grundbedürfnisse Ihrer Familie wie z. B. Kleidung, Nahrung oder Kosten für Wohnen und Heizen nicht oder nicht mehr ausreichend decken können? -Antworten verschiedener Merkmalsgruppen für "sehr große Sorgen" oder "große Sorgen", in Prozent



Bereits in zwei vorherigen Umfragen hat sich gezeigt, dass sich ein signifikanter Anteil der Eltern in Deutschland Sorgen macht, künftig nicht einmal mehr die Grundbedürfnisse der Familie decken zu können². Nach einem starken Anstieg finanzieller Zukunftssorgen zwischen Winter 2024/25 und Sommer 2025 zeigt sich nun, ein Jahr später, ein weiterer

im tabellarischen Anhang zu finden. Die Ergebnisse können mit einer Fehlertoleranz von +/- 3 Prozentpunkten auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

² Winter 2024/2025 siehe

https://www.savethechildren.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dokumente/2025/kinderarmut-umfrage-zusammenfassung-und-einordnung-januar-2025.pdf ; Sommer 2025 siehe

https://www.savethechildren.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dokumente/2025/Auswertung_Umfrage_Kinderarmut_Sommer_25.pdf

leichter Anstieg. Insgesamt berichten 27 Prozent der befragten Eltern von sehr großen oder großen Zukunftssorgen. Ein Plus von 2 Prozentpunkten gegenüber dem Sommer 2025 und 12 Prozentpunkten gegenüber dem Winter 24/25³. Der Anteil derjenigen, die angeben, keine Sorgen zu haben, sinkt um 8 Prozentpunkte von 48 auf 40 Prozent im Vorjahresvergleich. Die Gruppe mit den größten finanziellen Zukunftssorgen sind Eltern mit geringem Haushaltsnettoeinkommen (unter 3000 Euro monatlich), wovon 61 Prozent sehr große oder große Sorgen äußern. Auch Eltern, die nicht mit einem Partner oder einer Partnerin zusammenleben, sind stark von finanziellen Zukunftssorgen betroffen. Von ihnen berichten 47 Prozent von (sehr) großen finanziellen Zukunftssorgen. Auffällig ist auch ein signifikanter Unterschied zwischen ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern: Im Westen geben 26 Prozent der Befragten an, sehr große oder große Sorgen zu haben, im Osten hingegen 34 Prozent.

Die abgefragten existenziellen finanziellen Sorgen um die Zukunft der Familie bleiben also auf einem hohen Niveau bestehen und haben sich tendenziell noch leicht verschärft. Die Bundesregierung konnte es demnach bisher nicht schaffen, durch politische Maßnahmen und Reformen bestehende Sorgen der Eltern zu mildern. Im Befragungszeitraum wurden angekündigte Sparmaßnahmen der Bundesregierung öffentlich diskutiert, wie der Wegfall des Sofortzuschlags im Kinderzuschlag, Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende und beim Wohngeld. Diese Leistungen sind für viele Familien mit geringem Einkommen eine wichtige finanzielle Stütze. Ob der potenzielle Verlust dieser Leistungen bereits im Anstieg der hier dokumentierten finanziellen Zukunftssorgen abgebildet ist, lässt sich anhand der Daten nicht mit Sicherheit beurteilen. Geopolitische Unsicherheiten und wirtschaftliche Auswirkungen auf Energie- bzw. Ölpreise bilden einen weiteren Nährboden für finanzielle Belastungen und Unsicherheiten, die sich in der Umfrage abbilden dürften.

Statt Kürzungen von wichtigen Unterstützungsleistungen für armutsbetroffene oder -gefährdete Familien und Kinder braucht es aus Sicht von Save the Children eine Politik, die die Sorgen von Eltern, nicht mehr über die Runden zu kommen, ernst nimmt. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, die das soziale Sicherheitsnetz erhalten und gezielt stärken. Das bedeutet konkret, das Schutzniveau bei Unterhaltsvorschuss, Sofortzuschlag und Wohngeld zu erhalten, aber auch beispielsweise durch eine Neuberechnung des Existenzminimums von Kindern die Leistungshöhen insbesondere im Bereich der existenzsichernden Leistungen (SGB II, SGB XII, AsylbLG) zu erhöhen, um ein finanziell sorgenfreieres Aufwachsen von Kindern zu ermöglichen.

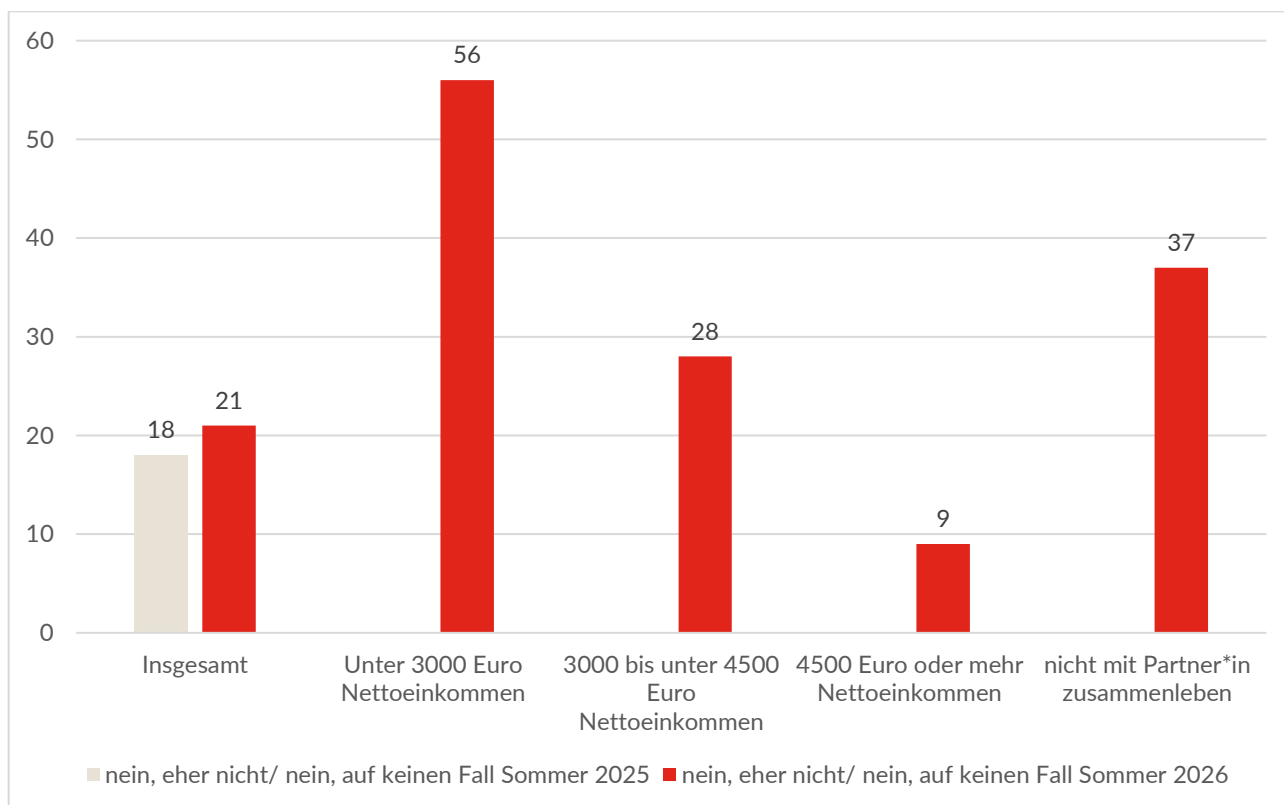
Zudem muss sichergestellt werden, dass jede Familie von den Unterstützungsleistungen, auf die sie Anspruch hat, weiß und sie möglichst einfach und unbürokratisch in Anspruch nehmen kann. Auch das kann Sorgen lindern, zum Beispiel bei Menschen, die bisher nicht ihren Anspruch auf eine Leistung geltend gemacht haben. Ein Beispiel hierfür ist der Teilhabebetrag für Kinder im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets, der Berechnungen

³ Auf einen Zeitvergleich von Untergruppen wird aufgrund geringerer Fallzahlen und der damit einhergehenden höheren statistischen Fehlertoleranz verzichtet.

der Bertelsmann Stiftung zufolge 8 von 10 Kindern im SGB II u. a. wegen bürokratischer Hürden nicht erreicht⁴.

Für viele Familien reicht es nur für das Notwendigste

Und unabhängig davon – können Sie sich aktuell auch mal Dinge leisten, die über das Notwendige hinausgehen und zum Familienleben dazugehören, wie z. B. Möbel, Urlaube, Ausflüge, Restaurantbesuche oder Hobbys für die Kinder? Ist das auf jeden Fall, eher, eher nicht oder auf keinen Fall möglich? - Antworten verschiedener Merkmalsgruppen für "nein, eher nicht" oder "nein, auf keinen Fall", in Prozent



Auf die Frage, ob sich die Befragten aktuell auch Dinge leisten können, die über das Notwendige hinausgehen, aber zum Familienleben dazugehören (bspw. Urlaube, Ausflüge oder Hobbys der Kinder), geben insgesamt 21 Prozent der Eltern an, dass sie das eher nicht oder auf keinen Fall können. Auch diese Frage wurde im Vorjahr bereits gestellt und zeigt im Vorjahresvergleich einen leichten Anstieg um 3 Prozentpunkte auf. In der untersten Einkommensgruppe liegt der Anteil derer, die sich nur das Notwendigste leisten können, bei 56 Prozent und auch bei der mittleren dargestellten Einkommensgruppe ist es noch fast ein Drittel der Eltern, die sich Dinge, die über das Notwendigste hinausgehen, nicht leisten

⁴ Vgl. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2026/teilhabebetrag-erreicht-mehr-als-acht-von-zehn-berechtigten-kindern-nicht>

können. 37 Prozent der alleinerziehenden Elternteile berichten einkommensunabhängig von entsprechenden Einschränkungen.

Wie bei den zuvor dargestellten Zukunftssorgen sind auch die aktuellen Einschränkungen auf einem hohen Niveau – mit einer leichten Verschärfung. Dass sich in einem der immer noch wohlhabendsten Ländern der Welt ein so signifikanter Anteil von Familien nicht mehr als das Notwendigste leisten kann, ist ein erschreckendes Zeichen dafür, dass die Soziale Marktwirtschaft ihr Versprechen auf Wohlstand für Alle zurzeit nicht halten kann. Spürbare finanzielle Belastungen setzen Familien weiterhin und auch zunehmend unter Druck. In einer vorherigen Umfrage wurde deutlich, dass das auch Kinder in betroffenen Haushalten regelmäßig emotional belastet⁵. Dies deckt sich mit Erkenntnissen, wonach Armut einer der größten Risikofaktoren für die psychische Gesundheit von Kindern ist⁶.

Es liegt an der Politik, die akuten Belastungen durch Lebenshaltungskosten wie hohe Mieten⁷ und teure Lebensmittelpreise⁸ einzudämmen und wieder mehr Spielräume für Familien mit geringem Einkommen zu schaffen, damit sie ihren Kindern mehr als das Notwendigste bieten können. Dazu braucht es neben einer entsprechenden Arbeitsmarktpolitik einfach zugängliche Sozialleistungen, die regelmäßig an die Inflation angepasst werden sowie eine Neuberechnung des Existenzminimums von Kindern, das sich an einem guten und gesunden Aufwachsen sowie Kinderrechten statt eines bloßen Minimums orientiert. Zielbild sollte eine teilhabesichernde Kindergrundsicherung sein.

⁵ https://www.savethechildren.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dokumente/2025/Auswertung_Umfrage_Kinderarmut_Sommer_25.pdf

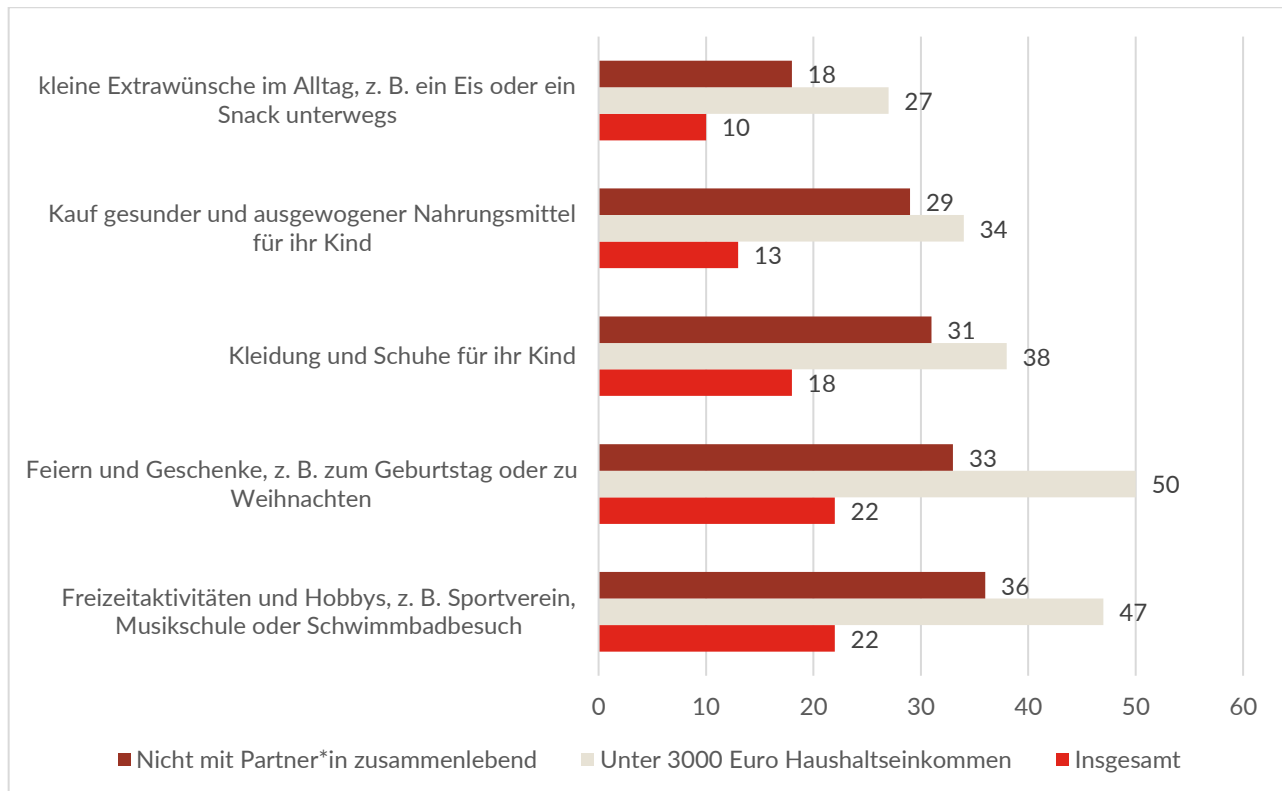
⁶ <https://www.dji.de/veroeffentlichungen/aktuelles/news/article/1474-armut-gefaehrdet-die-psychische-gesundheit-von-kindern.html> sowie <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/klassenzimmer/schule-als-belastung-psychologe-julian-schmitz-ueber-den-druck-auf-schueler-accg-110822721.html>

⁷ Vgl. Expertise zu Wohnarmut des Paritätischen Gesamtverbandes: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/expertise_armutsericht_2025_wohnarmut_web.pdf

⁸ Vgl. Analyse des AWO-Bundesverbandes: <https://awo.org/position/nehmt-uns-die-butter-nicht-vom-brot/>

Finanzielle Herausforderungen in verschiedenen Lebensbereichen

Wenn Sie an die letzten 12 Monate denken, bei welchen der folgenden Dinge für Ihr Kind mussten Sie aus finanziellen Gründen überlegen, zurückstecken oder an anderer Stelle sparen? - Antworten verschiedener Merkmalsgruppen in Prozent (Mehrfachauswahl möglich)



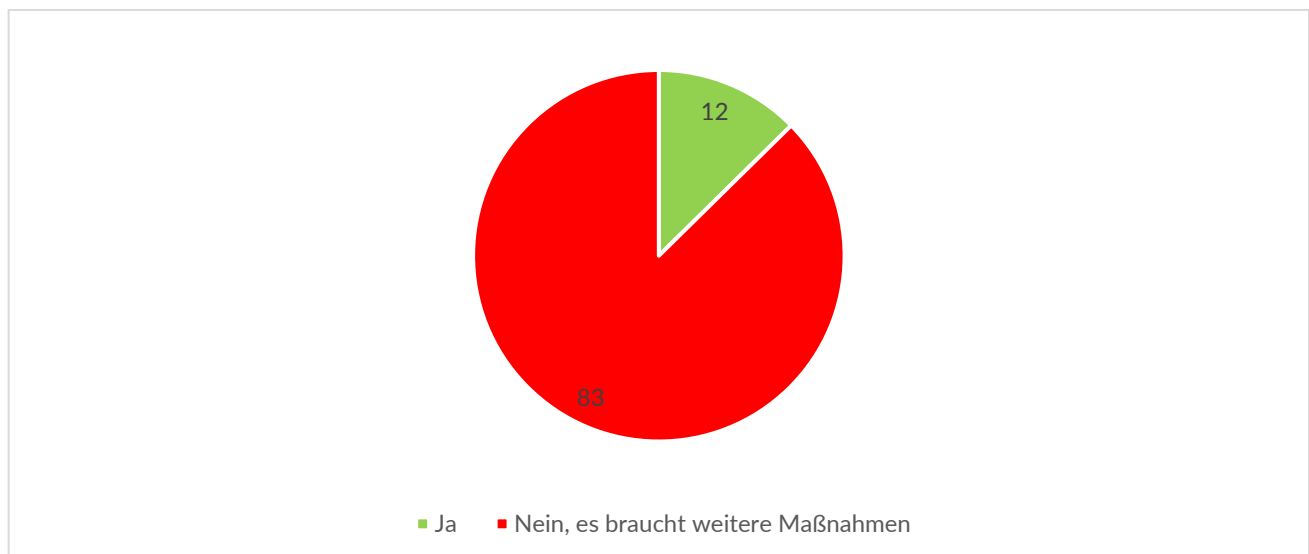
Um die Einschränkungen von Familien anschaulicher zu machen, wurde gefragt, ob Eltern bei verschiedenen Ausgaben für ihre Kinder in den vergangenen 12 Monaten überlegen, zurückstecken oder an anderer Stelle sparen mussten. In allen abgefragten Bereichen berichtet ein signifikanter Anteil der Befragten von eben solchen finanziellen Einschränkungen bzw. Herausforderungen. Am häufigsten werden diese bei Freizeitaktivitäten und Hobbys sowie Feiern und Geschenke von jeweils 22 Prozent der Eltern berichtet. Kleine Extrawünsche im Alltag stellen hingegen nur rund jedes zehnte Elternteil vor finanzielle Herausforderungen. Besonders betroffen sind Familien mit geringem Einkommen und Elternteile, die nicht mit einem Partner oder einer Partnerin zusammenleben. Bei Eltern in der niedrigsten Einkommensgruppe geben rund die Hälfte die Bereiche „Feiern und Geschenke“ sowie „Freizeitaktivitäten und Hobbys“ als Bereiche an, in denen sie zurückstecken, überlegen oder an anderer Stelle sparen müssen. Kleidung und Ernährung fallen mit über 30 Prozent der befragten Eltern aus dieser Gruppe ins Gewicht. Selbst kleine Extrawünsche sind für 27 Prozent herausfordernd. 58 Prozent der insgesamt befragten Eltern mussten aus keinem dieser Anlässe aus finanziellen Gründen überlegen, zurückstecken oder an anderer Stelle sparen.

Die Umfrage zeigt, dass viele Familien in Deutschland täglich vor der Frage stehen, wie sie ihren Alltag bestreiten und ihren Kindern grundlegende Dinge, die von den meisten Familien als normal erachtet werden, ermöglichen können. Die dringend gebrauchten neuen Schuhe, eine warme Mahlzeit am Monatsende, die Finanzierung eines Hobbys oder die Geburtstagsparty mit Freund*innen – für viele Kinder in Deutschland sind diese Dinge nicht selbstverständlich. Dadurch sind auch Kinderrechte wie das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit (Artikel 24 UN-KRK) im Fall der Ernährung oder das Recht auf Spiel und Freizeit (Artikel 31 UN-KRK) gefährdet. Eltern stecken dabei Studien zufolge eher bei sich selbst zurück, als dass ihre Kinder unter der finanziellen Situation leiden müssen⁹.

Viel zu oft sind Ausschlusserfahrungen für Kinder jedoch nicht vermeidbar, weil das Geld zu knapp ist und kein Spielraum für Einsparungen an anderer Stelle besteht. Diese alltäglichen Herausforderungen müssen politische Entscheidungsträger*innen ernst nehmen und zielgenau in den verschiedenen Lebensbereichen für Entlastung sorgen.

Die Maßnahmen der Bundesregierung gegen Kinderarmut reichen nicht aus

Was meinen Sie: Reichen die derzeitigen Pläne der Bundesregierung aus, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen – oder müsste sie weitergehende Maßnahmen einplanen? - Angaben in Prozent



Befragt nach ihrer Einschätzung, ob die derzeitigen Pläne der Bundesregierung ausreichen, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, antwortet eine eindeutige Mehrheit von 83 Prozent der Eltern, dass sie nicht ausreichen und es weitere Maßnahmen braucht. Die Zustimmung

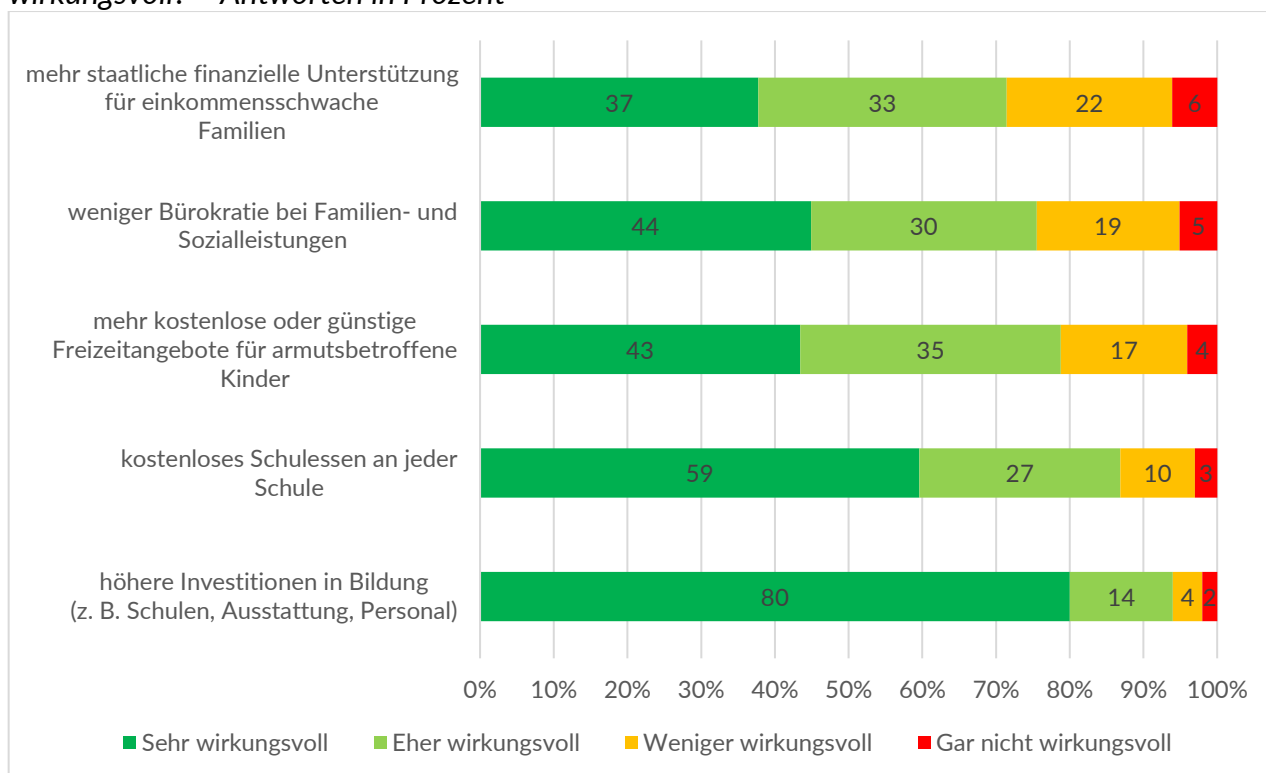
⁹ Vgl. z. B. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Studie_WB_Kommt_das_Geld_bei_den_Kindern_an_2018.pdf und <https://sanktionsfrei.de/studie25>

dazu, dass die Pläne ausreichend sind, liegt bei 12 Prozent und ist im Vorjahresvergleich von 18 Prozent um 6 Prozentpunkte gesunken. Die restlichen fünf Prozent antworten „weiß nicht“ oder machen keine Angabe. Die Ergebnisse sind über alle erhobenen sozio-demografischen Merkmale ähnlich eindeutig.

Save the Children schließt sich der Auffassung der Mehrheit der Eltern an und fordert die Bundesregierung auf, diese Stimmen wahrzunehmen und mit Unterstützung der Bevölkerung wirksame Maßnahmen gegen Kinderarmut auf den Weg zu bringen, sowie von solchen abzugehen, die dem Ziel der Minderung der Kinderarmut entgegenstehen (z. B. Streichung des Kindersofortzuschlags oder Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende). Denn eine kohärente Antwort der Bundesregierung, wie sie der hohen Kinderarmut im Land wirksam und nachhaltig begegnen will, ist nicht zu erkennen. Das ist jedoch dringend notwendig, um sowohl akute Auswirkungen auf Kinder als auch langfristige Folgen für sie, die gesamte Gesellschaft und die wirtschaftliche Zukunft zu verringern¹⁰.

Wirksame Maßnahmen gegen Kinderarmut aus Sicht der Eltern

Wie wirkungsvoll sind bzw. wären die folgenden Maßnahmen Ihrer Einschätzung nach, um gegen Kinderarmut vorzugehen: sehr wirkungsvoll, eher wirkungsvoll, weniger wirkungsvoll oder gar nicht wirkungsvoll? - Antworten in Prozent



¹⁰ Vgl. hierzu auch Europäischer Kinderarmutsbericht 2025 von Save the Children zu Folgekosten von Kinderarmut und der Wirksamkeit von Investitionen in Kinder:

https://www.savethechildren.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dokumente/2025/save-the-children-kinderarmut-kosten-europa-2025.pdf

Zu einer Reihe von möglichen Maßnahmen wurden die Befragten zu ihrer Einschätzung hinsichtlich der Wirksamkeit gegen Kinderarmut befragt. Hierbei zeigt sich, dass Eltern alle abgefragten Maßnahmen in der absoluten Mehrheit als sehr oder eher wirkungsvoll einschätzen. Dabei werden sowohl infrastrukturelle Maßnahmen wie Investitionen in Bildung (94 Prozent sehr oder eher wirkungsvoll), kostenloses Schulesen (86 Prozent), oder kostenlose bzw. günstige Freizeitangebote für armutsbetroffene Kinder (78 Prozent) als wirkungsvoll eingeschätzt, als auch Änderungen im Bereich der Sozial- und Familienleistungen. Weniger Bürokratie bei Familien- und Sozialleistungen werden von 74 Prozent der Eltern als sehr oder eher wirkungsvoll bewertet, mehr staatliche Unterstützung für einkommensschwache Familien von 70 Prozent.

Das „Mehr“ an Maßnahmen gegen Kinderarmut, das von Eltern eingefordert wird, kann sich aus einem Werkzeugkasten verschiedener Maßnahmen bedienen, die sie als wirkungsvoll einschätzen und mit deren Unterstützung folglich politische Entscheidungsträger*innen rechnen können. Save the Children leitet daraus einen Auftrag an die Bundesregierung ab, eine Gesamtstrategie gegen Kinderarmut zu entwickeln und eine Politik gegen Kinderarmut zu betreiben, die der Multidimensionalität des Problems gerecht wird.

Dazu gehören Investitionen in Bildung (bspw. über ein ausgeweitetes und weiterentwickeltes Startchancenprogramm) genauso wie verbesserte Sozialleistungen (aus Sicht von Save the Children im Sinne einer echten Kindergrundsicherung) – ohne, dass das eine gegen das andere ausgespielt wird. Für eine holistische Politik gegen Kinderarmut braucht es beides.

Politische Forderungen von Save the Children

- **Keine Kürzungen von Sozialleistungen für Familien mit geringem Einkommen**

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen erneut auf, dass gerade Familien mit geringem Einkommen und auch Alleinerziehende an ihre finanziellen Grenzen geraten und viele von ihnen erhebliche Einschränkungen und Sorgen erleben. Ihre Situation droht sich noch weiter zu verschärfen, wenn wichtige Unterstützungsmaßnahmen wie der Unterhaltsvorschuss, der Kindersofortzuschlag oder das Wohngeld zurückgefahren oder gekürzt werden, wie die Bundesregierung es zurzeit plant. Der Bundeshalt sollte nicht auf dem Rücken von armutsgefährdeten und -betroffenen Familien und Kindern konsolidiert werden.

- **Den Sozialstaat teilhabesichernd und einfach zugänglich weiterentwickeln**

Die dokumentierten Deprivationserfahrungen und finanziellen Sorgen sowie die seit Jahren bekannten Unzulänglichkeiten des bestehenden Sozialsystems sollten statt zu Kürzungen zu einer Reform führen, die ein echtes Sicherheitsnetz für Kinder und Familien bedeutet. Dazu gehört eine entbürokratisierte und vereinfachte Zugänglichkeit zu Sozialleistungen, um dem Antragswirrwarr und Behördenlabyrinth ein Ende zu machen, wofür sich auch die

Sozialstaatskommission der Bundesregierung in ihren Empfehlungen ausspricht¹¹. Hieran gilt es unter Beachtung des Wohles von Kindern (vgl. Artikel 3 UN-KRK) und der Lebensrealität insbesondere von Familien, die von Armut betroffen sind, anzuknüpfen. Zudem sollte das Existenzminimum von Kindern unter der Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen sowie weiteren Expert*innen neu berechnet werden und sich an einem guten Aufwachsen und Kinderrechten statt dem absoluten Minimum orientieren. Das Leitbild einer echten Kindergrundsicherung sollte handlungsleitend sein.

- **Eine Gesamtstrategie gegen Kinderarmut**

Wie auch in der Umfrage deutlich wird, braucht es eine gesamtheitliche politische Antwort auf die auf hohem Niveau verfestigte Kinderarmut in Deutschland. Dass dauerhaft über 20 Prozent der Kinder in Deutschland von Armut oder sozialer Ausgrenzung¹² sowie den entsprechenden negativen Folgen in allen Lebenslagen betroffen sind, ist nicht hinnehmbar und bedarf endlich einer koordinierten und entschlossenen Reaktion des Staates.

Eine solche ganzheitliche Antwort in Form einer echten Strategie gegen Kinderarmut muss sowohl arbeitsmarktpolitische Reformen für existenzsichernde Beschäftigung von Eltern als auch die Weiterentwicklung der monetären Leistungen und Maßnahmen zur Stärkung der sozialen und Bildungs-Infrastruktur (z. B. eine gut ausgestattete Kinder- und Jugendhilfe und ein weiterentwickeltes Startchancenprogramm) umfassen. Es gilt, alle betroffenen Politikfelder, wie etwa Gesundheits-, Bildungs- oder Wohnpolitik, einzubeziehen. Ein wichtiger Ansatzpunkt sollte dabei auch der Nationale Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ zur Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder sein. Der Bund sollte dieses Instrument stärken und mit finanziellen Mitteln ausstatten, um neue Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabechancen von Kindern zu entwickeln.

Zudem müssen alle föderalen Ebenen an einem Strang ziehen und gemeinsam an einer kohärenten Gesamtantwort auf die hohe Kinderarmut arbeiten. Bei der Entwicklung der Strategie sollten zudem Kinder und Jugendliche selbst beteiligt sein, wie es die UN-Kinderrechtskonvention in Artikel 12 (Recht auf Beteiligung) vorsieht. Dies befände sich auch im Einklang mit den Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes, der im Rahmen der Abschließenden Bemerkungen aus dem Jahr 2022 empfiehlt, „eine nationale Strategie zu erarbeiten, um die Grundursachen von Kinderarmut zu bekämpfen und sicherzustellen, dass alle Kinder über einen angemessenen Lebensstandard verfügen“.¹³

¹¹ Vgl. bspw. Empfehlung 3 (Erstanlaufstellen für möglichst alle Sozialleistungen) oder Empfehlung 19 (digitales zentrales Sozialportal); https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Soziales/Modernisierung-Sozialstaat/abschlussbericht-sozialstaatskommission.pdf?__blob=publicationFile&v=1

¹² Gemessen am „AROE-Indikator“, der neben Armutsgefährdung (Einkommensarmut) materielle Deprivation und eine geringe Erwerbsintensität des Haushaltes abbildet.

¹³ <https://kinderrechte-portal.de/wp-content/uploads/2022/11/Concluding-Observations-DEU-Fassung.pdf>, S. 13

Ansprechpartner:

Eric Großhaus

Advocacy Manager Kinderarmut und soziale Ungleichheit

eric.grosshaus@savethechildren.de

Kinderarmut

Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Eltern

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

Vorbemerkung

Im Auftrag von Save The Children hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH in diesem Jahr zum dritten Mal eine repräsentative bundesweite Befragung unter Eltern zum Thema Kinderarmut durchgeführt.

Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.001 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Eltern von Kindern unter 18 Jahren befragt.

Die Erhebung wurde vom 13. bis 30. Juli 2026 im Rahmen der werktäglichen telefonischen Mehrthemenumfrage forsa.omnitel durchgeführt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

Bei zusammengefassten Werten kann es rundungsbedingt zu Abweichungen im Vergleich zur Summe der Einzelwerte kommen.

1 Bewertung der derzeitigen Pläne der Bundesregierung zur Bekämpfung von Kinderarmut

Die große Mehrheit der befragten Eltern (83 %) ist der Ansicht, dass die derzeitigen Pläne der Bundesregierung nicht ausreichen, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen und dass weitergehende Maßnahmen erforderlich sind. Nur 12 Prozent halten die aktuellen Pläne für ausreichend.

Der Anteil der optimistischen Befragten ist damit etwas geringer als im Vorjahr.

Bewertung der derzeitigen Pläne der Bundesregierung gegen Kinderarmut I

Es sind der Auffassung, dass die derzeitigen Pläne der Bundesregierung ausreichen, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen

ja

nein,
es braucht weitergehende
Maßnahmen

%

%

insgesamt 2025	18	76
insgesamt 2026	12	83

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

In dieser Einschätzung sind sich die Befragten in allen untersuchten Gruppen weitgehend einig.

Bewertung der derzeitigen Pläne der Bundesregierung gegen Kinderarmut II

Es sind der Auffassung, dass die derzeitigen Pläne der Bundesregierung ausreichen, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen

		ja	nein, es braucht weitergehende Maßnahmen
		%	%
insgesamt 2026		12	83
Ost		8	90
West		13	81
Männer		14	80
Frauen		11	86
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	12	84
	20.000 bis unter 100.000	11	81
	mindestens 100.000	13	82
Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):	unter 3.000	4	93
	3.000 bis unter 4.500	13	85
	4.500 oder mehr	15	80
Zusammenleben mit Partner/-in:	ja	14	81
	nein	6	90
Kinder im Haushalt:	1	12	83
	2	11	83
	3 und mehr	14	83

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

2 Bewertung von Maßnahmen gegen Kinderarmut

Höhere Investitionen in Bildung sind aus Sicht der befragten Eltern am besten geeignet, um gegen Kinderarmut vorzugehen: 80 Prozent halten diese Maßnahme für sehr wirkungsvoll und weitere 14 Prozent für eher wirkungsvoll. 6 Prozent stufen sie dagegen als weniger oder gar nicht wirkungsvoll ein.

Mit etwas Abstand folgt kostenloses Schulessen an jeder Schule an zweiter Stelle: 59 Prozent der befragten Eltern meinen, dass dies sehr wirkungsvoll wäre, um gegen Kinderarmut vorzugehen. Weitere 27 Prozent halten diese Maßnahme zumindest für eher wirkungsvoll, 13 Prozent dagegen für weniger oder gar nicht wirkungsvoll.

Auch mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote für armutsbetroffene Kinder (78 %), weniger Bürokratie bei Familien- und Sozialleistungen (74 %) bzw. mehr staatliche finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Familien (70 %) werden mehrheitlich als sehr oder eher wirkungsvolle Maßnahmen gegen Kinderarmut angesehen.

Bewertung von Maßnahmen gegen Kinderarmut I

Um gegen Kinderarmut vorzugehen, halten folgende Maßnahmen für

	sehr wirkungsvoll %	eher wirkungsvoll %	weniger wirkungsvoll %	gar nicht wirkungsvoll %
höhere Investitionen in Bildung (z. B. Schulen, Ausstattung, Personal)	80	14	4	2
kostenloses Schulessen an jeder Schule	59	27	10	3
mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote für armutsbetroffene Kinder	43	35	17	4
weniger Bürokratie bei Familien- und Sozialleistungen	44	30	19	5
mehr staatliche finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Familien	37	33	22	6

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Mütter sind etwas häufiger als Väter der Ansicht, dass weniger Bürokratie bei Familien- und Sozialleistungen wirkungsvolle Maßnahmen gegen Kinderarmut sind.

Bei der Bewertung der einzelnen Maßnahmen zeigen sich dagegen keine nennenswerten Unterschiede zwischen den separat betrachteten Regionen.

Bewertung von Maßnahmen gegen Kinderarmut II

Um gegen Kinderarmut vorzugehen, halten folgende Maßnahmen für sehr/eher wirkungsvoll:	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen
	%	%	%	%	%
höhere Investitionen in Bildung (z. B. Schulen, Ausstattung, Personal)	94	91	95	94	94
kostenloses Schulessen an jeder Schule	86	84	87	86	86
mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote für armutsbetroffene Kinder	78	80	78	75	81
weniger Bürokratie bei Familien- und Sozialleistungen	74	69	75	70	78
mehr staatliche finanzielle Unter- stützung für einkommensschwache Familien	70	74	70	65	76

Befragte Eltern mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 3.000 Euro halten „mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote für armutsbetroffene Kinder“ und „mehr staatliche finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Familien“ überdurchschnittlich häufig für wirkungsvolle Maßnahmen, um Kinderarmut vorzubeugen.

Bewertung von Maßnahmen gegen Kinderarmut III

Um gegen Kinderarmut vorzugehen, halten folgende Maßnahmen für sehr/eher wirkungsvoll:	insgesamt %	Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):		
		unter 3.000 %	3.000 bis unter 4.500 %	4.500 oder mehr %
höhere Investitionen in Bildung (z. B. Schulen, Ausstattung, Personal)	94	91	96	95
kostenloses Schulessen an jeder Schule	86	85	91	85
mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote für armutsbetroffene Kinder	78	85	80	77
weniger Bürokratie bei Familien- und Sozialleistungen	74	79	75	73
mehr staatliche finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Familien	70	84	78	65

Alleinstehende halten „mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote für armutsbetroffene Kinder“ und „mehr staatliche finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Familien“ überdurchschnittlich häufig für wirkungsvolle Maßnahmen, um Kinderarmut vorzubeugen.

Bewertung von Maßnahmen gegen Kinderarmut IV

Um gegen Kinderarmut vorzugehen, halten folgende Maßnahmen für sehr/eher wirkungsvoll:	insgesamt	Zusammenleben mit Partner/-in:		Kinder im Haushalt:		
		ja	nein	1	2	3 und mehr
	%	%	%	%	%	%
höhere Investitionen in Bildung (z. B. Schulen, Ausstattung, Personal)	94	95	92	93	96	95
kostenloses Schulessen an jeder Schule	86	86	85	86	89	86
mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote für armutsbetroffene Kinder	78	77	85	82	75	74
weniger Bürokratie bei Familien- und Sozialleistungen	74	74	75	72	77	75
mehr staatliche finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Familien	70	68	81	75	67	69

3 Finanzielle Zukunftssorgen

Mit Blick auf die kommenden zwölf Monate machen sich aktuell 27 Prozent der Eltern (sehr) große Sorgen, dass sie aus finanziellen Gründen die Grundbedürfnisse ihrer Familie wie z. B. Kleidung, Nahrung oder Kosten für Wohnen und Heizen nicht oder nicht mehr ausreichend decken können.

32 Prozent machen sich diesbezüglich weniger große, 40 Prozent keine Sorgen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Anteil „unbesorgter“ Eltern leicht verringert.

Finanzielle Zukunftssorgen I

Wenn sie auf die kommenden 12 Monate blicken, machen sich Sorgen, dass sie aus finanziellen Gründen die Grundbedürfnisse ihrer Familie (z. B. Kleidung, Nahrung, Kosten für Wohnen und Heizen) nicht oder nicht mehr ausreichend decken können

	(sehr) große %	weniger große %	keine %
insgesamt 2025	25	27	48
insgesamt 2026	27	32	40

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Sorgen machen sich vor allem Eltern mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 3.000 Euro sowie Alleinstehende.

Finanzielle Zukunftssorgen II

Wenn sie auf die kommenden 12 Monate blicken, machen sich Sorgen, dass sie aus finanziellen Gründen die Grundbedürfnisse ihrer Familie (z. B. Kleidung, Nahrung, Kosten für Wohnen und Heizen) nicht oder nicht mehr ausreichend decken können

		(sehr) große %	weniger große %	keine %
insgesamt 2026		27	32	40
Ost		34	32	33
West		26	32	41
Männer		26	31	42
Frauen		28	34	38
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	27	34	38
	20.000 bis unter 100.000	24	31	44
	mindestens 100.000	30	31	39
Haushaltsnetto- einkommen (in Euro):	unter 3.000	61	27	11
	3.000 bis unter 4.500	35	43	22
	4.500 oder mehr	15	30	55
Zusammenleben mit Partner/-in:	ja	23	34	42
	nein	47	24	28
Kinder im Haushalt:	1	28	31	40
	2	22	36	41
	3 und mehr	33	28	39

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

4 Finanzielle Möglichkeiten für das Familienleben

Die große Mehrheit der befragten Eltern (78 %) gibt an, dass es ihnen aktuell auf jeden Fall (45 %) oder eher (33 %) möglich ist, sich auch mal Dinge zu leisten, die über das Notwendige hinausgehen und zum Familienleben dazugehören, wie beispielsweise Möbel, Urlaube, Ausflüge, Restaurantbesuche oder Hobbys für die Kinder.

Rund einem Fünftel der befragten Eltern ist dies hingegen eher nicht (16 %) oder auf keinen Fall (5 %) möglich.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein relativ stabiles Ergebnis, allerdings mit leicht negativer Tendenz.

Finanzielle Möglichkeiten für das Familienleben I

Es ist ihnen möglich, sich aktuell auch mal Dinge zu leisten, die über das Notwendige hinausgehen und zum Familienleben dazugehören (z. B. Möbel, Urlaube, Ausflüge, Restaurantbesuche, Hobbys für die Kinder)

	ja, auf jeden Fall %	ja, eher %	nein, eher nicht %	nein, auf keinen Fall %
insgesamt 2025	51	31	12	6
insgesamt 2026	45	33	16	5

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Eltern mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 4.500 Euro können sich überdurchschnittlich häufig auch mal Dinge leisten, die über das Notwendige hinausgehen. Bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 3.000 Euro ist dies dagegen mehrheitlich eher nicht oder auf keinen Fall möglich.

Finanzielle Möglichkeiten für das Familienleben I

Es ist ihnen möglich, sich aktuell auch mal Dinge zu leisten, die über das Notwendige hinausgehen und zum Familienleben dazugehören

		ja, auf jeden Fall %	ja, eher %	nein, eher nicht %	nein, auf keinen Fall %
insgesamt 2026		45	33	16	5
Ost		42	36	15	5
West		45	33	16	5
Männer		45	35	17	3
Frauen		45	32	15	7
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	41	35	19	5
	20.000 bis unter 100.000	47	33	12	7
	mindestens 100.000	49	31	16	4
Haushaltsnetto- einkommen (in Euro):	unter 3.000	11	32	43	13
	3.000 bis unter 4.500	24	48	21	7
	4.500 oder mehr	62	28	7	2
Zusammenleben mit Partner/-in:	ja	49	33	14	4
	nein	25	35	26	11
Kinder im Haushalt:	1	44	35	16	5
	2	53	33	10	4
	3 und mehr	33	32	26	9

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

5 Verzicht zugunsten des Kindes

Knapp die Hälfte der befragten Eltern musste in den letzten zwölf Monaten mindestens einmal aus finanziellen Gründen überlegen, zurückstecken oder an anderer Stelle sparen:

Jeweils 22 Prozent mussten bei Freizeitaktivitäten und Hobbys ihres Kindes bzw. bei Feiern und Geschenken, z. B. zu Weihnachten oder zum Geburtstag, überlegen, zurückstecken oder an anderer Stelle sparen.

Bei 18 Prozent führten Kleidung und Schuhe für ihr Kind dazu, dass sie finanziell zurückstecken oder an anderer Stelle sparen mussten. Bei 13 Prozent kam das beim Kauf gesunder und ausgewogener Nahrungsmittel für das Kind vor, bei 10 Prozent bei kleinen Extrawünschen der Kinder im Alltag

58 Prozent der befragten Eltern mussten dagegen aus keinem dieser Anlässe aus finanziellen Gründen überlegen, zurückstecken oder an anderer Stelle sparen.

Mütter geben bei den verschiedenen Dingen jeweils etwas häufiger als Väter an, dass sie aus finanziellen Gründen da erstmal überlegen mussten.

Einschränkungen aus finanziellen Gründen I

In den letzten 12 Monaten mussten bei folgenden Dingen für ihr Kind überlegen, zurückstecken oder an anderer Stelle sparen:	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen
	%	%	%	%	%
Freizeitaktivitäten und Hobbys, z. B. Sportverein, Musikschule oder Schwimmbadbesuch	22	20	23	19	26
Feiern und Geschenke, z. B. zum Geburtstag oder zu Weihnachten	22	22	22	20	25
Kleidung und Schuhe für ihr Kind	18	16	18	15	21
Kauf gesunder und ausgewogener Nahrungsmittel für ihr Kind	13	12	14	12	15
kleine Extrawünsche im Alltag, z. B. ein Eis oder ein Snack unterwegs	10	4	12	10	11
keiner davon	58	62	57	62	53

gestützte Abfrage; Summe größer als 100 Prozent, da Mehrfachnennung möglich

Je niedriger das monatliche Haushaltsnettoeinkommen, desto eher mussten die befragten Eltern in den letzten zwölf Monaten aus finanziellen Gründen überlegen, zurückstecken oder an anderer Stelle sparen.

Einschränkungen aus finanziellen Gründen II

In den letzten 12 Monaten mussten bei folgenden Dingen für ihr Kind überlegen, zurückstecken oder an anderer Stelle sparen:

	insgesamt %	Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):		
		unter 3.000 %	3.000 bis unter 4.500 %	4.500 oder mehr %
Freizeitaktivitäten und Hobbys, z. B. Sportverein, Musikschule oder Schwimmbadbesuch	22	47	27	13
Feiern und Geschenke, z. B. zum Geburtstag oder zu Weihnachten	22	50	23	15
Kleidung und Schuhe für ihr Kind	18	38	26	10
Kauf gesunder und ausgewogener Nahrungsmittel für ihr Kind	13	34	19	5
kleine Extrawünsche im Alltag, z. B. ein Eis oder ein Snack unterwegs	10	27	10	5
keiner davon	58	24	46	72

gestützte Abfrage; Summe größer als 100 Prozent, da Mehrfachnennung möglich

Alleinstehende und Eltern mit mindestens drei Kindern mussten überdurchschnittlich häufig aus finanziellen Gründen überlegen, zugunsten ihres Kindes zurückzustecken oder an anderer Stelle zu sparen.

Einschränkungen aus finanziellen Gründen III

In den letzten 12 Monaten mussten bei folgenden Dingen für ihr Kind überlegen, zurückstecken oder an anderer Stelle sparen:	insgesamt %	Zusammenleben mit Partner/-in:		Kinder im Haushalt:		
		ja %	nein %	1 %	2 %	3 und mehr %
Freizeitaktivitäten und Hobbys, z. B. Sportverein, Musikschule oder Schwimmbadbesuch	22	20	36	21	22	28
Feiern und Geschenke, z. B. zum Geburtstag oder zu Weihnachten	22	20	33	19	22	35
Kleidung und Schuhe für ihr Kind	18	15	31	13	18	36
Kauf gesunder und ausgewogener Nahrungsmittel für ihr Kind	13	10	29	12	13	20
kleine Extrawünsche im Alltag, z. B. ein Eis oder ein Snack unterwegs	10	9	18	10	10	9
keiner davon	58	62	38	61	61	44

gestützte Abfrage; Summe größer als 100 Prozent, da Mehrfachnennung möglich